

# Abgeordnete: Problem des Atommülls lösen

**In Gundremmingen lagere inzwischen mehr Atommüll als an jedem anderen Ort in Deutschland. Das schreibt die Landtagsabgeordnete Kamm.**

**Gundremmingen.** Rund die Hälfte des Atommülls, der seit Inbetriebnahme des Kernkraftwerks Gundremmingen im Jahr 1984 entstanden ist, lagere noch immer „provisorisch“ in den zwei Abklingbecken des Kraftwerks. Das teilt die Grünen-Landtagsabgeordnete Christine Kamm mit. Sie hatte Anfang Dezember eine entsprechende Anfrage an den Bayerischen Landtag gestellt und jetzt Antwort bekommen. Mehr als 8700 der hochradioaktiven Brennelemente seien in den vergangenen knapp 30 Jahren in Block B und C des Atomkraftwerks verbraucht worden, fast 4300 befinden sich laut Kamm noch in den Abklingbecken, darunter mehr als 850 Elemente des Typs MOX, die besonders viel Plutonium enthalten. „In Gundremmingen lagert weit mehr Atommüll als an jedem anderen Ort Deutschlands“, schreibt Kamm. Das ist aus Sicht der Landtagsabgeordneten aus Augsburg auch deshalb bedenklich, weil die Abklingbecken in den beiden Reaktorgebäuden nicht innerhalb des Sicherheitsbehälters liegen. Damit bilde Gundremmingen eine Ausnahme aller noch laufender Atomkraftwerke in Deutschland. Aus Kostengründen seien die Sicherheitsbehälter nicht um die Becken gebaut worden.

Irritierend ist nach Kamms Einschätzung zudem, dass im Jahr

---

## *Im Zwischenlager sind derzeit 41 Castoren*

---

2013 keine Castoren mit den abgebrannten Brennelementen befüllt und im Zwischenlager in Gundremmingen eingelagert worden seien. Als Grund vermutet die Grünen-Politikerin die Tatsache, dass die Sicherheitsanforderungen für Terror-szenarien am Zwischenlager nicht erfüllt sind: Noch immer sei die beschlossene Schutzmauer nicht gebaut worden. „Oder stimmt es, dass einfach leere Castoren fehlen?“, fragt sie. Nach Angaben des bayerischen Staatsministeriums für Umwelt- und Verbraucherschutz lagern im Zwischenlager in Gundremmingen derzeit 41 Castoren mit je 52 Spaltelementen.

Betreiber und Staat hätten es bisher versäumt, sich des Problem der Atommülllagerung anzunehmen, meint Kamm: Sie werde daher einen Bericht des Umweltministers im Landtag beantragen. mäh